

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF Januar – März 2014

GRENZEN

EUROPAPOLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

GRENZEN

GRIECHENLAND / ProAsyl und ECRE fordern Ermittlungen nach dem Tod von MigrantInnen bei Push-Back-Operation

Am 20. Januar 2014 geriet ein Boot mit MigrantInnen vor der griechischen Insel Farmakonisi in Seenot, wobei neun Kinder und drei Frauen ums Leben kamen. ProAsyl und der European Council on Refugees and Exiles (ECRE) forderten daraufhin eine unabhängige Untersuchung der mutmaßlichen Zurückdrängung der MigrantInnen. Überlebenden zufolge hatte ein Schiff der griechischen Küstenwache das Boot mit hoher Geschwindigkeit in Richtung der türkischen Küste gezogen, bevor das Boot kenterte. Im November 2013 veröffentlichte ProAsyl einen [Bericht](#) über Menschenrechtsverletzungen im Rahmen solcher Versuche, Boote mit MigrantInnen zurückzudrängen.

Quelle: [ProAsyl and ECRE](#), 22. Januar 2014

ITALIEN / Lampedusa für den Friedensnobelpreis 2014 nominiert

Nachdem fast 360 MigrantInnen am 3. Oktober 2013 auf See ums Leben kamen, hat die italienische Zeitung 'Espresso' eine Petition für die Nominierung der Insel Lampedusa für den Friedensnobelpreis 2014 gestartet. Professor Elisabeth Eide von der Universität Oslo erklärte in einem Brief an das norwegische Nobelkomitee, dass viele der MigrantInnen, welche die gefährliche Reise über das Mittelmeer überlebten, Hilfe von den Bewohnern der Insel erhielten. Während der letzten 20 Jahre starben ungefähr 20.000 MigrantInnen bei dem Versuch, die Insel Lampedusa zu erreichen, davon 640 Personen allein zwischen dem 30. September und dem 11. Oktober 2013, unter ihnen mindestens 100 Kinder.

Quelle: [L'Espresso](#), 5. Februar 2014; [L'Espresso](#), 31. Januar 2014

SPANIEN / 200 subsaharische MigrantInnen überwinden Zaun in Melilla

Über 200 subsaharische MigrantInnen überwandern am 28. Februar 2014 den Grenzzaun der spanischen Enklave Melilla. Diesem Ereignis gingen mehrere Versuche einer großen Zahl von MigrantInnen im Frühjahr 2014 voraus, die Grenze zu überwinden. „Schätzungsweise 500 Menschen haben die spanische Enklave seit Beginn des Jahres erreicht. Dieses Mal setzten die spanischen Grenzbeamten (Guardia Civil) keine Gummigeschosse ein, nachdem bei einem Vorfall kürzlich 14 subsaharische MigrantInnen bei dem Versuch ums Leben kamen, von Marokko zur Enklave Ceuta zu schwimmen (Siehe [PICUM Bulletin 20 Februar 2014](#)). Nach dem Überqueren des Zauns wurden die MigrantInnen in ein Zentrum für vorübergehenden Aufenthalt von ImmigrantInnen (CETI) gebracht. Mit 1.080 undokumentierten MigrantInnen war die Aufnahmekapazität des Zentrums bereits mehr als zweifach überschritten. Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy

forderte die EU auf, Spanien und andere EU-Grenzländer mehr zu unterstützen, um irreguläre Einreise zu verringern.
Quelle: [EFE](#), 28. Februar 2014; [EFE](#), 28. Februar 2014

DATEN / Neue Aufzeichnungen zu Tod von Migranten

Eine neue Initiative mit dem Titel "The Migrant Files" zielt darauf ab, Todesfälle von Migranten, die seit dem Jahr 2000 auf ihrem Weg nach Europa gestorben sind, zu dokumentieren. Laut dieser Datensammlung kamen seit dem Jahr 2000 mehr als 23.000 MigrantInnen ums Leben. Die gesammelten Daten umfassen Todesfälle durch Ertrinken im Meer, durch Gewalt an den Grenzen der EU, in der Haft sowie Daten von Migranten, die nach der Abschiebung in ihr Herkunftsland getötet wurden. Die Initiative wurde von einem pan-europäischen Konsortium von Journalisten verschiedener Medien auf nationaler und europäischer Ebene gegründet und stützt sich auf zuvor gesammelte Daten der Initiative „United for Intercultural Action“ für den Zeitraum zwischen 1993 und 2012.

Quelle: [The Migrant Files](#), März 2014

EUROPAPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Verabschiedung einer Mitteilung zur EU-Rückführungsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 28. März 2014 eine Mitteilung über die EU- Rückführungs politik, ([Communication on the EU's Return Policy](#)) veröffentlicht, welche die Notwendigkeit für eine bessere praktische Umsetzung der EU- Rückführungsrichtlinie und der Rückführungs politik im Allgemeinen fordert. Die Kommission unterstreicht, dass die volle Achtung der Grundrechte innerhalb von Rückführungsverfahren gewährleistet werden müsse, und erklärt die Absicht, innerhalb eines Jahres ein "Rückführungs-Handbuch" mit gemeinsamen Richtlinien, Best Practices und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur Durchführung von Rückführungen in Einklang mit den einschlägigen internationalen Standards und mit den, in der Richtlinie festgelegten, Schutzmaßnahmen herauszugeben. Die Bewertung umfasst auch vergleichende Länderinformationen zur Abschiebehaft, einschließlich Alternativen, Überwachung von Abschiebungen und Aufschiebungen von Berufungen gegen die Rückführung.

Quelle: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über EU-Rückführungs politik; [European Commission Press Release](#), 28. März 2014

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Konsultation für Interessenvertreter: "Ein offenes und sicheres Europa – wie weiter?"

Dem aktuellen, als „Stockholm-Programm“ bekannten Rahmenprogramm zufolge, legt die Europäische Union im Jahr 2014 die Agenda für die kommenden Jahre für den Bereich der Freiheit, Sicherheit und des Rechts (RFSR) fest, der auch die Migrations politik umfasst. Die für Innenpolitik zuständige Generaldirektion der Europäischen Kommission (DG Home) hat eine Konsultation mit dem Titel "Ein offenes und sicheres Europa - wie weiter" ("An open and safe Europe – what next?") veröffentlicht. Eingereichte Beiträge sind [hier](#) abrufbar. Die Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, sprach über die Zukunft der Innenpolitik auf einer [Konferenz am 29. Januar 2014](#).

EUROPARAT / Spanien wegen Verweigerung der Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere verurteilt

Der Europarat äußerte sich am 29. Januar 2014 besorgt über die Entwicklungen in der Gesetzgebung bezüglich des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere in Spanien. Die Schlussfolgerung ist Teil eines Berichts des Europäischen Ausschusses für Soziale Rechte, der untersucht, ob nationale Gesetze im Einklang mit der Europäischen Sozialcharta stehen. Am 20. April 2012 wurde von der spanischen Regierung ein königlicher Erlass verabschiedet, der den Zugang zur Gesundheitsversorgung für irreguläre MigrantInnen auf Nothilfe, Schwangerschafts- und Kinderfürsorge begrenzt (Siehe [PICUM Bulletin 29. Mai 2012](#)). Der Bericht listet auch andere Länder auf, die gegen die Bestimmungen für die Gesundheitsversorgung von undokumentierten MigrantInnen verstoßen, darunter Österreich, Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Finnland und Frankreich.

Quelle: [El País](#), 29. Januar 2014; [El País English](#), 29. Januar 2014

EUROPARAT / Bericht nach Länderbesuch des Europarat-Kommissars für Menschenrechte

Nach seinem Besuch in Dänemark vom 19. bis 21. November 2013, veröffentlichte der Europarat-Kommissar für Menschenrechte, Nils Muižnieks, einen [Bericht](#), der diverse Fragen der Menschenrechte einschließlich der Asyl- und Einwanderungspraxis in Dänemark kommentiert. Wie berichtet wird, wurde die Abschiebehaft in Dänemark in einigen Fällen auf bis zu ein Jahr verlängert. Bei einem Besuch des Abschiebehaftzentrums Ellebaek zeigte sich der Kommissar besorgt darüber, dass in einigen Fällen besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder oder Opfer von Menschenhandel festgehalten wurden. Der Bericht legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Rechte von Kindern im Kontext von Asyl und Einwanderung. Der Kommissar betonte, dass Behörden häufig nicht im besten Interesse des Kindes entscheiden und die Familienzusammenführung verweigerten oder Kinder und Familienmitglieder abschieben.

Quelle: [Council of Europe](#), 24. März 2014

EUROPÄISCHES PARLAMENT / Beschluss zur Regulierung der Seeopeinsätzen von Frontex

Das Europäische Parlament verabschiedete am 16. April 2014 die Richtlinie zur Einführung von Regeln für die Überwachung von koordinierten Frontex-Einsätzen ([Regulation establishing rules of surveillance in Frontex coordinated joint operations](#)) mit 528 Stimmen dafür, 46 Enthaltungen und 88 Gegenstimmen. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments stimmte am 20. Februar 2014 für die [Bestimmung](#). Die Regelung verlangt, dass die Einheiten, die an Frontex-Operationen beteiligt sind, die Sicherheit und die Menschenwürde der aufgegriffenen oder geretteten Personen wahren, einschließlich der Verpflichtung, schutzbedürftigen Personen wie Opfer von Menschenhandel und unbegleitete Migrantenkinder zu identifizieren und ihnen angemessene Unterstützung zu gewährleisten. Unterdessen berichtete Frontex, dass sich die Zahl der irregulären Einreisen in die EU im dritten Quartal 2013 (42.618) im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr fast verdoppelt hat.

Quelle: [European Commission Press Release](#), 16. April 2014; [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#), 19. Februar 2014

EUROPÄISCHES PARLAMENT / Resolution zu „Undokumentierten Migrantinnen in der EU“

Am 4. Februar 2014 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution zu undokumentierten Migrantinnen in der EU, welche die Notwendigkeit eines gleichberechtigten Zugangs zu Justiz und Dienstleistungen für alle Frauen, unabhängig von ihrem administrativen Status, betont. Der Antrag für die Resolution kam von einem Initiativbericht des Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM), der von Norica Nicolai (ALDE, Rumänien) vorbereitet wurde. Die Resolution fordert die nationalen und europäischen Behörden auf, sicherzustellen, dass der Migrationsstatus einer Frau nicht den Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und Gerechtigkeit verhindert. Die Resolution empfiehlt zudem die Trennung von Strafverfolgung und Migrationskontrolle, um allen Opfern die Chance zu geben, Verbrechen sicher anzeigen zu können. Informationen zu den Stimmen der Abgeordneten finden Sie [hier](#).

EUROPÄISCHES PARLAMENT / STUDIE / Zugang zu Notunterkünften für undokumentierte Migrantinnen, die vor häuslicher Gewalt fliehen

Die Studie "Access to shelters of undocumented migrant women fleeing domestic violence: the legal and practical situation in the Member States" (Zugang zu Notunterkünften für undokumentierte Migrantinnen, die vor häuslicher Gewalt fliehen: die rechtliche und tatsächliche Situation in den Mitgliedstaaten) sammelt Daten zu undokumentierten Migrantinnen und deren Schwierigkeiten, Zugang zu Unterkunft und Unterstützung in acht Mitgliedstaaten zu bekommen. Die Studie wird vom Europäischen Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union verfasst. Sie bietet wichtige Empfehlungen an die nationalen Behörden und EU-Institutionen und ist [hier](#) auf Englisch, Französisch und Deutsch verfügbar.

EUROPÄISCHES PARLAMENT / Nicht-EU-Saisonarbeiter haben Anspruch auf bessere Arbeitsbedingungen

Das Europäische Parlament hat am 5. Februar 2014 neue Rechtsvorschriften für Saisonarbeiter beschlossen. Die neuen Regeln, die mit einer Mehrheit von 498 zu 56 Stimmen bei 68 Enthaltungen verabschiedet wurden, verleihen Nicht-EU-Saisonarbeitern die gleichen Rechte bezüglich Mindestlöhnen, Kündigung, Arbeitsstunden, Feiertagen sowie Gesundheits- und Sicherheitsstandards, wie EU-Bürgern. Das Gesetz verlangt, dass alle Anträge auf Einreise in die EU als Saisonarbeiter einen Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot mit Angaben zu Zahlungen, Arbeitszeiten, sowie den Nachweis einer angemessenen Unterkunft beinhalten. Arbeitgeber, die ihre Verpflichtungen verletzen, müssen mit Strafen rechnen und die betroffenen Saisonarbeiter entschädigen. Allerdings wird den Mitgliedstaaten die Entscheidung über die jährliche Anzahl von Saisonarbeitern im Land und die maximale Aufenthaltsdauer zwischen fünf und neun Monaten pro Jahr freigestellt.

Quelle: [European Parliament News](#), 5. Februar 2014; [EU Observer](#) 6. Februar 2014

EUROPÄISCHER RAT / Prioritäten der griechischen EU-Ratspräsidentschaft

Die griechische Ratspräsidentschaft präsentierte in der Woche vom 16. bis 23. Januar 2014 ihre Schwerpunkte vor den verschiedenen Ausschüssen des Europäischen Parlaments. Zu den Hauptanliegen der griechischen Präsidentschaft gehören der Bereich der bürgerlichen Freiheiten, Justiz und Inneres, die Durchführung und Umsetzung des Smart Borders-Pakets, die Frage des Umgangs mit der Situation von MigrantInnen und Asylsuchenden in der Europäischen Union und der Anstieg rechter Bewegungen in Europa. Gegenstand der Diskussionen innerhalb des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments waren innenpolitische Themen, wie der Aufstieg extremistischer Parteien, Polizeigewalt und schlechte Zustände in der Abschiebehaft von MigrantInnen und Asylsuchenden in Griechenland. Für weitere Informationen über Programme und Prioritäten der griechischen Präsidentschaft, bitte [hier](#) klicken.

Quelle: [European Voice](#), 12. Dezember 2013; [European Parliament News](#), 23. Januar 2014

PUBLIKATION / Kriminalisierung von irregulären MigrantInnen und deren Unterstützern

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat am 27. März 2014 einen Bericht über die Kriminalisierung von irregulären MigrantInnen veröffentlicht. Der Bericht befasst sich mit den Maßnahmen, die in den EU-Mitgliedstaaten angewendet werden, um irregulärer Migration entgegenzuwirken. Der Bericht analysiert, welche EU-Mitgliedstaaten unregelmäßigen Aufenthalt kriminalisieren und wie die Mitgliedstaaten eine Unterstützung von MigrantInnen ohne Papiere durch Dritte kriminalisieren, zum Beispiel durch Bereitstellung von Unterkünften. Um den vollen Bericht zu lesen, klicken Sie bitte [hier](#).

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

ZYPERN / Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung irregulärer Migration

Bei seiner Ansprache auf einer Pressekonferenz zum Programm „Bunte Gesellschaften“ zur Förderung der Integration von Drittstaatsangehörigen, die sich regulär in Zypern aufhalten, kündigte der Innenminister, Socratis Hasikos, einen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung irregulärer Migration an. Hasikos stellte fest, dass der Kampf gegen irreguläre Migration ausschlaggebend für die Entwicklung einer effektiven Migrationspolitik sei und dabei helfen würde, der Ausbeutung von Arbeitsmigranten vorzubeugen und den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Quelle: [InCyprus](#), 12. Februar 2014

FRANKREICH / Neuer Rundbrief ruft zur Abschiebung auf

Kurz vor den Kommunalwahlen im März 2014 diskutierte der französische Innenminister, Manuel Valls, das Problem irregulärer Migration in einem Rundbrief, welcher sich an die Präfekturen der Pariser Polizei, der Départements und der Polizei des Départements Bouche du Rhône richtet. Nachdem er seine Zufriedenheit über die effektiven Maßnahmen und Einsätze im Jahr 2013 betont hatte, sprach sich der Minister in dem Rundschreiben für eine systematische Abschiebung von MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus aus. Hauptzielgruppe sind abgewiesene Asylsuchende. In dem Rundschreiben wird ferner spezifiziert, dass abgewiesene Asylsuchende keinen rechtlichen Anspruch auf Notfallunterkünfte haben sollen.

Quelle: [Passeur d'hospitalité](#), 16. März 2014

GRIECHENLAND / Kriminalisierung und Gewalt gegen MigrantInnen in Griechenland thematisiert

Ein Zusammenschluss von Organisationen, welche MigrantInnen und Asylsuchende in Griechenland sowie auf europäischer Ebene repräsentieren und mit ihnen zusammen arbeiten, hat am 20. März 2014 Empfehlungen für EU-Politiker und andere Vertreter verschiedener EU-Institutionen veröffentlicht, in denen sie sich für schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von MigrantInnen aussprechen. Die Empfehlungen beziehen sich auf EU Migrations- und Asylpolitik, Rechtspolitik, Arbeits- und soziale Integrationspolitik, sowie Konsultation von Interessensvertretern. Um die Empfehlungen zu lesen, bitte [hier](#) klicken.

DEUTSCHLAND / Strafen für Fluggesellschaften, die irreguläre MigrantInnen befördern

Um irreguläre Migration zu verhindern, nehmen deutsche Behörden zunehmend Reiseagenturen, insbesondere Fluggesellschaften, ins Visier. Fluggesellschaften mussten letztes Jahr insgesamt 2,6 Millionen Euro Strafe für die Beförderung irregulärer MigrantInnen zahlen. Jeder Fall umfasst eine Strafe zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Oft wird die Gültigkeit der Reisedokumente des Passagiers im Herkunftsland nicht überprüft. Gleichsam steigt die Zahl von Abschiebungen. 2013 wurden 10.200 Menschen von Deutschland in ihr Herkunftsland abgeschoben, verglichen mit 7.600 Abschiebungen im Jahr zuvor.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#), 18 März 2014

DEUTSCHLAND / Migrationsbericht 2012 veröffentlicht

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge veröffentlichte seine Ergebnisse zur Entwicklung der Migration in Deutschland für das Jahr 2012. Der Bericht wurde am 15. Januar 2014 vom Bundeskabinett angenommen und widmet ein Kapitel dem Thema irreguläre Migration. Daraus geht hervor, dass die Behörden generell dazu aufgerufen sind, MigrantInnen ohne Papiere dem jeweiligen Ausländer- oder Polizeibüro zu melden. Gemäß dem Richtlinienumsetzungsgesetz von November 2011 sind Schulen davon befreit, Daten zu übermitteln, um den Zugang zu Bildung für Migrantenkinder ohne Aufenthaltsstatus zu ermöglichen. Diese Ausnahme gilt auch für andere Bildungseinrichtungen. Die Bundespolizei zählte 2012 25.670 irreguläre Einreisen nach Deutschland. Der vollständige Report ist [hier](#) verfügbar.

ITALIEN / Das italienische Parlament verabschiedet ein Reformgesetz zur Entkriminalisierung von irregulärer Einreise und Aufenthalt

Das italienische Parlament setzte am 2. April 2014 ein Reformgesetz in Kraft, welches irreguläre Einreise und Aufenthalt entkriminalisiert. Am 21. Januar 2014 stimmte der italienische Senat durch den Beschluss einer Änderung des vorgeschlagenen Gesetzes Nr. 925/2014, welcher die verfahrensrechtlichen Reformen des gegenwärtigen Strafgesetzes regelt, der Aufhebung der Strafverfolgung von irregulärer Einreise und Aufenthalt zu. Der neuen Änderung entsprechend werden irreguläre Einreise und Aufenthalt von nun an als verwaltungsrechtliche Verstöße aufgefasst und mit Abschiebung bestraft. Im Falle von erneuter Einreise oder jeglichem anderen Verstoß gegen behördliche Anordnungen (z.B. Meldepflicht, Abschiebungsanweisungen, Wiedereinreiseverbot etc.) erfolgt eine strafrechtliche Ahndung.

Quelle: [Agence France Presse](#), 2. April 2014; [La Stampa](#), 21. Januar 2014

MOROKKO / Legalisierungskampagne gestartet

Am 2. Januar 2014 wurde in Marokko eine Legalisierungskampagne gestartet. Sie ist das Ergebnis einer Entscheidung von

König Mohammed VI von September 2013 (siehe [PICUM Bulletin 31. Oktober 2013](#)). Irreguläre MigrantInnen haben bis zum 31. Dezember 2014 Zeit, um ihren Status zu legalisieren. MigrantInnenorganisationen begrüßen diese Initiative, kritisieren allerdings die strengen Kriterien. So müssen sich die MigrantInnen seit mindestens 5 Jahren in Marokko aufhalten, in den letzten zwei Jahren angestellt gewesen sein oder belegen können, die letzten zwei Jahre zusammen mit ihrem/er Ehegatten/in zusammen gelebt zu haben. Insgesamt soll sich die Kampagne an 25.000 bis 30.000 MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus richten. Quellen: [Radio France International](#) (RFI), 3. Januar 2014; [Jeune Afrique](#), 12. November 2013

NIEDERLANDE / Amsterdam stellt medizinische Versorgung und Unterkunft für MigrantInnen ohne Ausweispapiere zu Verfügung

Lobbyarbeit der niederländischen Grünen Partei (GroenLinks) führte am 13. April 2014 zur Zustimmung des Stadtrats von Amsterdam zu Unterstützungsleistungen für MigrantInnen ohne Papiere. Die Stadt verpflichtet sich, Unterkunft und medizinische Versorgung für irreguläre MigrantInnen zu Verfügung zu stellen. Des Weiteren will Amsterdam in Zukunft mit der ROC, dem regionalen Bildungszentrum, zusammenarbeiten. Zudem stimmte der Stadtrat einem Antrag zu, dem zufolge auch Kinder ohne Aufenthaltsstatus weiterhin Jugendhilfe empfangen können.

Quelle: [GroenLinks](#), 13. März 2014

GROßBRITANNIEN / Immigrationsminister tritt wegen Beschäftigung einer undokumentierten Hausangestellten zurück

Mark Harper, Immigrationsminister von Großbritannien, ist am 7. Februar 2014 zurückgetreten, nachdem bekannt geworden war, dass seine Hausangestellte, welche er seit April 2007 beschäftigte, keinen regulären Aufenthaltsstatus besaß. Vor kurzem brachte Mark Harper ein Immigrationgesetz durch das Unterhaus (siehe [PICUM Bulletin 2 Dezember 2013](#)), welches Arbeitgeber und Vermieter auf ihre Verpflichtung hinweist, den Migrationsstatus ihrer Angestellten bzw. Mieter zu überprüfen. Zudem stand er hinter der umstrittenen Kampagne, die im Sommer 2013 mit dem Slogan „Geh‘ nach Hause oder rechne mit Verhaftung“ („go home or face arrest“) auf britischen Fahrzeugen MigrantInnen ohne Papiere zur Ausreise aus Großbritannien aufforderte. Die Organisation Latin American Women’s Rights Service, Teil eines Zusammenschlusses von lateinamerikanischen Nichtregierungsorganisationen in Großbritannien (CLAUK), startete am 18. März 2014 eine Kampagne, um Harpers ehemaliger Hausangestellter Solidarität und finanzielle Unterstützung zuzusichern. Die Kampagne spricht sich für ein Minimum von £10.000 für den Fond zur Verteidigung der Rechte von Hausangestellten aus. Um mehr über die Kampagne zu erfahren, bitte [hier](#) klicken. Um eine Petition einzusehen, die Theresa May, die britische Innenministerin, dazu auffordert, den Status von Hausangestellten zu legalisieren, bitte [hier](#) klicken. Human Rights Watch (HRW) hat am 31. März 2014 einen Bericht mit dem Titel „Versteckter Missbrauch von MigrantInnen als Hausangestellte in Großbritannien“ (eng. [“Hidden Away: Abuses against Migrant Domestic Workers in the UK”](#)) mit Daten und Zeugnissen über vielfältige Fälle von Missbrauch und Arbeitsrechtsverletzungen gegenüber Hausangestellten in Großbritannien veröffentlicht.

Quellen: [The Guardian](#), 9. Februar 2014; [International New York Times](#), 9. Februar 2014

USA / Der Bürgermeister der Stadt New York City schlägt vor, Ausweise für MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus auf kommunaler Ebene einzuführen

Der Demokrat Bill de Blasio, der im November 2013 zum Bürgermeister New Yorks gewählt worden war, stellte in seiner ersten Rede zur Lage der Stadt fest, dass New York die größte Kommune sein wird, die Ausweise für Bewohner unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus vergibt. Dies soll es MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus erleichtern, Bankkonten zu eröffnen, eine Wohnung zu mieten oder Bücher aus der Bücherei auszuleihen. Mit diesem Vorschlag umgeht De Blasio die Legislative auf Bundesebene, wo die Bemühungen um einen ähnlichen politischen Ansatz seit Kurzem still stehen. Vergleichbare Initiativen existierten bereits in anderen amerikanischen Kommunen wie San Francisco und Los Angeles.

Quelle: [New York Times](#), 10. Februar 2014

GESUNDHEITSVERSORGUNG

PORTUGAL / Handbuch zum Zugang zu Gesundheitsversorgung für Ausländer

Die zentrale Verwaltung des portugiesischen Gesundheitssystems hat im Dezember 2013 ein Handbuch zum Zugang zur Gesundheitsversorgung für ausländische Bürger veröffentlicht. Das Dokument klärt auch über die Rechte und Verpflichtungen von Drittstaatsangehörigen auf. MigrantInnen und vorübergehend Ansässige müssen sich zunächst bei den lokalen Gesundheitsbehörden registrieren, um einen „Benutzerausweis“ zu erhalten. Erst dann können sie sich beim nationalen Gesundheitsdienst melden (Serviço Nacional de Saúde, SNS). Auch ein vom Grenz- und Ausländerdienst (Serviço de Estrangeiros e Fronteiras, SEF) ausgestellter Aufenthaltstitel wird benötigt, um den Vorgang einzuleiten. Abgelaufene Visa, die von der SEF ausgestellt wurden, werden ebenfalls akzeptiert, sofern ein Antrag auf Erneuerung des Visums vorliegt. MigrantInnen, die nicht dazu in der Lage sind, diese Dokumente vorzulegen, können trotzdem einen Ausweis erhalten, allerdings müssen sie die Kosten der medizinischen Versorgung selbst tragen. Die Zentralbehörde betont, dass MigrantInnen mit fehlenden Ausweispapieren Rechtsanspruch auf Zugang zum Gesundheitssystem haben. Die Anordnung 25 360/2001 ([Despacho 25 360/2001](#)) sieht vor, dass alle Kinder unter 16 Jahren Zugang zu Gesundheitsversorgung durch den nationalen

Gesundheitsdienst haben. Weitere Informationen sind [hier](#) verfügbar.

Quelle: [O Povo](#), 28. Januar 2014

USA / Schwangere Frauen von Einwanderungsbehörde inhaftiert

Insgesamt wurden 13 schwangere Frauen von der Einwanderungs- und Zollvollstreckungsbehörde (Immigrations und Customs Enforcement (ICE)) in Abschiebehaft in El Paso, Texas von August bis November 2013 festgehalten. Trotz der Leitlinien der Behörde, schwangere Frauen nicht in Abschiebehaft festzuhalten, solange sie keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, wurden die Frauen festgenommen, nachdem sie versucht hatten, die Grenze zu überqueren. Manche wurden am selben Tag freigelassen, während andere für mehrere Wochen in Abschiebehaft blieben. Die Fälle wurden durch die Nationale ImmigrantInnenjugendvereinigung (National Immigrant Youth Alliance) bekannt gemacht. Anwälte fürchten, dass die genannten Fälle auf einen weiteren Trend in der Handhabung von Festnahmen durch den ICE verweisen.

Quelle: [Fusion](#), 13. Dezember 2013

USA / Kalifornischer Gesetzgeber wirbt für Zugang zum Gesundheitswesen für MigrantInnen ohne Ausweispapiere

Ricardo Lara, demokratischer Senator Kaliforniens, sprach sich für eine Gesundheitsversorgung von MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus in Kalifornien aus. Eine aktuelle Version des Gesetzes zu finanzierbarer Pflege, momentan lediglich für US-Staatsbürger geltend, soll auch für MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus gelten. Lara führt aus, dass der MigrantInnenstatus kein Hindernis darstellen darf, wenn das Recht auf Gesundheitsvorsorge nach Bundesrecht für Nicht-Versicherte gilt. Unter den 2,6 Millionen irregulären MigrantInnen in Kalifornien ist eine Million nicht versichert. Lara arbeitet zusammen mit Health Access (kalifornische Verbraucherkoalition), um eine Gesetzesvorlage zur Gesundheitsversorgung zu erarbeiten.

Quellen: [Los Angeles Times](#), 10. Januar 2014; [Press Telegram](#), 10. Januar 2014

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

HONG KONG / Ausbeutung von Hausangestellten

Jüngste Fälle von schwerer Ausbeutung von MigrantInnen, die als Haushaltsangestellte tätig sind, haben in Hong Kong Proteste ausgelöst. Die indonesische Hausangestellte Erwiana Sulistyaningsih verließ Hong Kong am 10. Januar 2014 nach schweren körperlichen Misshandlungen, denen sie fast acht Jahre lang an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt war. Am 15. Januar 2014 berichtete eine weitere indonesische Hausangestellte während Protesten vor dem Sitz der ehemaligen Arbeitsagentur von Eriwana ebenfalls von körperlicher Misshandlung durch den gleichen Arbeitgeber. Laut einer Umfrage der „Mission for Migrant Workers“ aus dem Jahr 2012 wurden 18 Prozent der ausländischen Hausangestellten in der Stadt Opfer körperlichen Missbrauchs.

Quellen: [World Time](#), 15. Januar 2014; [World Time](#), 16. Januar 2014

RUSSLAND / OLYMPISCHE SPIELE / Ausbeutung von Arbeitsmigranten

Vor Beginn der Olympischen Winterspiele im russischen Sotschi am 7. Februar 2014 offenbarten neue Berichte die Ausbeutung undokumentierter Arbeitsmigranten im Rahmen der 50 Milliarden teuren Bauvorhaben für die Spiele. MigrantInnen berichteten, dass sie ohne Verträge gearbeitet hätten und bei Forderung ihres Gehalts nach Beendigung der Arbeiten bedroht worden seien. Eine Gruppe serbischer Arbeiter gibt an, dass die ihnen versprochenen Visa abgelaufen waren und sie in überfüllten Unterkünften ohne ausreichende Sanitäreinrichtungen untergebracht und schließlich inhaftiert worden seien. Nach mehreren Tagen in Haft wurden die Arbeiter nach Serbien abgeschoben. Sie hatten lediglich 250 Euro verdient.

Quellen: [Reuters](#), 5. Februar 2014; [Human Rights Watch](#), Februar 2014

USA / Undokumentierte MigrantInnen dürfen als Juristen tätig sein

Der Oberste Gerichtshof von Kalifornien hat am 2. Januar 2014 entschieden, dass der 36 Jahre alte Sergio Garcia, der irregulär ins Land gekommen war und seinen Besuch einer juristischen Fakultät durch Aushilfstätigkeiten finanziert hatte, eine Anwaltszulassung erhält. Auf Grund der Bundesgesetzgebung darf ihn jedoch keine private Kanzlei oder öffentliche Behörde einstellen. Mr. Garcia kündigte an, eine eigene Kanzlei gründen zu wollen, da kein Gesetz des Landes Unternehmertum einschränke. Während der US-Kongress nach wie vor eine Revision der Immigrationsgesetzgebung des Landes blockiert, haben einige Bundesstaaten undokumentierten MigrantInnen schrittweise mehr Rechte eingeräumt, die ihnen beispielsweise erlauben, an Universitäten In-State-Gebühren (verringerte Studiengebühren für Studenten, die Einwohner des Bundesstaates sind, in dem sich die Universität befindet) zu bezahlen oder einen Führerschein zu machen.

Quellen: [New York Times](#), 2. Januar 2014; [The Wall Street Journal](#), 21. Januar 2014

UNdokumentierte Frauen

SPANIEN / BERICHT / Undokumentierte Frauen als Opfer sexueller Gewalt in Spanien

Die Stiftung Aspacia (Fundacion para la Convivencia Aspacia) veröffentlichte im November 2013 eine Studie mit dem Titel "Zwischen Angst und Schutzlosigkeit. Undokumentierte Migrantinnen als Opfer sexueller Gewalt in Spanien" (Entre el miedo y la desprotección. Mujeres migrantes en situación irregular frente a la violencia sexual en España). Der Bericht untersucht die Hürden, mit denen undokumentierte Frauen beim Zugang zu Schutz und Justiz in Spanien konfrontiert sind. Hierzu zählen vor allem kulturelle und strukturelle Diskriminierung, mangelnder Zugang zur Gesundheitsversorgung und Hürden bei der Meldung von Fällen sexueller Gewalt durch die Angst vor Abschiebung. Der vollständige Bericht ist [hier](#) auf Spanisch verfügbar.

UNdokumentierte Kinder und ihre Familien

BELGIEN / Mitglieder des Europäischen Parlaments kritisieren Belgiens Umgang mit undokumentierten afghanischen MigrantInnen in Brüssel

Die Fraktionsvorsitzende der linken GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament, Gabi Zimmer, und die portugiesische Europaabgeordnete Alda Sousa von der selben Fraktion, kündigten am 23. Januar 2014 einen Brief an die Europaabgeordneten an, in dem sie den Umgang Belgiens mit afghanischen MigrantInnen kritisieren und die belgische Regierung auffordern, ihre Haltung zu der Frage zu verändern, ob eine sichere Rückkehr nach Afghanistan möglich ist. Eine Gruppe undokumentierter Afghanen, darunter viele Familien, harrt derzeit in der Béguinage-Kirche in Brüssel aus. In einer Rede auf einer Veranstaltung am 11. Februar prangerte Gabi Zimmer fehlende Unterstützungsleistungen, darunter Gesundheits- und Wasserversorgung, für die MigrantInnen und insbesondere die Kinder und Familien an, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können.

Quellen: [EU Observer](#), 23. Januar 2014; [Brief der GUE/NGL-Fraktion an den Belgischen Premierminister](#), 7. Februar 2014

GRIECHENLAND / Griechischer Staatsrat entscheidet gegen die Einbürgerung in Griechenland geborener Kinder ausländischer Eltern

Der griechische Staatsrat legte am 6. Februar 2014 mit seiner Entscheidung Nr. 460/2013 fest, das Gesetz 3838/2010 zurückzuziehen, das ursprünglich eine Einbürgerung von MigrantInnen ermöglicht hatte, die seit mehr als sechs Jahren in Griechenland wohnhaft und zur Schule gegangen sind oder als MigrantInnen der zweiten Generation in Griechenland geboren wurden. Der Entscheidung des Rates zufolge, erhalten Staatsangehörige aus Drittstaaten kein aktives und passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen mehr und Kinder ausländischer Eltern, die in Griechenland geboren wurden, können keine griechische Staatsangehörigkeit in Abhängigkeit von der Länge ihres Aufenthalts oder ihrer Teilhabe am griechischen Bildungssystem mehr beantragen.

Quellen: [European University Issue](#), 18. Februar 2014; [Greek Crisis Review](#), März 2014

NIEDERLANDE / Amsterdam gibt Sozialleistungen für allein erziehende Eltern an undokumentierte Eltern niederländischer Kinder aus

Niederländische Kinder, die von einem allein erziehenden Elternteil ohne Aufenthaltserlaubnis betreut werden, erhalten Zugang zu Sozialleistungen für Alleinerziehende in Amsterdam. Mehrere andere niederländische Städte verfolgen bereits eine ähnliche Politik. In den Niederlanden haben alle – auch undokumentierte – Kinder ein Recht auf Schutz, Gesundheitsversorgung, Bildung und andere grundlegende Leistungen.

Quelle: [Stichting LOS Newsletter](#), Band 3, Nummer 24, 9. Dezember 2013

NIEDERLANDE / Evaluierung der Initiative Kinderpardon

Im Rahmen der Initiative "Kinderpardon" wurden insgesamt etwa 3270 Anträge auf Regularisierung in den Niederlanden eingereicht. Die Initiative ist ein Mittel zur Regularisierung von Kindern, die vor ihrem 18. Geburtstag mehr als fünf Jahre durchgehend in den Niederlanden gelebt haben und zuvor erfolglos Asyl beantragt haben. Insgesamt wurde 1340 Anträgen stattgegeben, etwa 1800 Anträge wurden abgelehnt. In jüngster Zeit waren mehrere Klagen gegen Ablehnungen im Rahmen der Initiative erfolgreich.

Quelle: [Stichting LOS Newsletter](#), Band 3, Nummer 24, 9. Dezember 2013

BERICHT / Einsatz für Kinderrechte: Internationale Studie über unabhängige Kinderrechtsinstitutionen

Das UNICEF-Forschungszentrum hat den ersten umfassenden internationalen Bericht über unabhängige Kinderrechtsinstitutionen herausgegeben. Ziel des Berichts ist es, dem Leser Ziele und Potenziale internationaler Kinderrechtsinstitutionen zu vermitteln und einen Eindruck davon zu geben, was sie tun und wie sie arbeiten. Der Bericht umfasst mehrere Beispiele, in denen unabhängige Kinderrechtsorganisationen in Fällen der Verletzung der Rechte von Migrantenkinder eingegriffen haben. Der Bericht ist [hier](#) zu finden.

Quellen: [UNICEF Office of Research](#), Dezember 2013; [Child Rights Information Network](#), CRINmail 1360, 15. Januar 2014

STUDIE / Eurochild und UNICEF fordern die EU in einer Publikation zu mehr Nachdruck in der Umsetzung von Kinderrechten für alle Kinder auf

Die im Februar 2014 veröffentlichte Publikation "[Realising the rights of every child – moving forward with the EU](#)" (Die Rechte eines jeden Kindes umsetzen – Fortschritt mit der EU) stellt die aktuelle und künftige Rolle der EU in der Umsetzung von Kinderrechten im Rahmen der EU-Innen- und Außenpolitik heraus. Zugleich publizierte das Netzwerk Eurochild das Diskussionspapier "[Mainstreaming Children's Rights in EU Legislation, Policy and Budget - Lessons from Practice](#)" (Kinderrechte in Gesetzgebung, Politik und Budget der EU verankern – Lehren aus der Praxis). Die Studie dient als Anleitung zur Verankerung von Kinderrechten in der Politik, der Budgetgestaltung und der Gesetzgebung der EU.

US / Stipendienfonds für undokumentierte Studenten eingerichtet

Der frühere Besitzer der Washington Post, Donald E. Graham, hat gemeinsam mit dem Finanzvorstand des Demokratischen Nationalen Komitees (Democratic National Committee), Henry R. Muñoz, und dem ehemaligen republikanischen Kabinettssekretär Carlos Gutierrez einen 25 Millionen Dollar umfassenden Stipendienfonds für undokumentierte Student/inn/en gegründet. Im nächsten Studienjahr werden über 1000 Student/inn/en von dem Fonds profitieren. Obwohl inzwischen 17 US-Bundesstaaten undokumentierten Student/inn/en den Zugang zu so genannten In-State-Gebühren (verringerte Studiengebühren für Studenten, die Einwohner des Bundesstaates sind, in dem sich die Universität befindet) ermöglichen, haben diese keinen Zugang zu Finanzhilfen auf Bundesebene. Jedes Jahr schließen etwa 65.000 undokumentierte Studenten die US-amerikanische High School ab.

Quelle: [Washington Post](#), 4. Februar 2014

UN / Aufruf an Staaten, Zugang zur Justiz für Kinder zu erleichtern

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) hat am 16. Dezember 2013 einen Bericht zum "Zugang von Kindern zur Justiz" ("Access to justice for children") veröffentlicht. Der Bericht betont die Notwendigkeit, einen Zugang zu Beschwerdeverfahren auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen, um Kindern die nötige Beratung und Hilfestellung zur Verfügung zu stellen, um Rechtsmittel in Anspruch zu nehmen. Auch müssten die anderen Hindernisse überwunden werden, mit denen Kinder beim Kampf um ihre Rechte konfrontiert seien. Der Bericht konstatiert die zusätzlichen Hindernisse, denen Migrantenkinder beim Zugang zum Rechtssystem begegnen, und drängt die Staaten, diese anzugehen und spezielle Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Der Bericht ist [hier](#) zu finden (auf Englisch, Französisch, Spanisch, Chinesisch, Arabisch und Russisch).

UN / Weltjugendbericht stellt Jugend und Migration ins Zentrum

Der UN-Weltjugendbericht 2013 befasst sich mit dem Thema Migration und bietet einen breiten Überblick über die Situation junger MigrantInnen aus der Perspektive dieser selbst. Ausgehend von ihren eigenen Lebenserfahrungen und durch sie selbst vermittelt zeigt der Bericht einige der Anliegen, Herausforderungen und Erfolge junger MigrantInnen auf. Auch die besonderen Herausforderungen durch irreguläre Migration junger MigrantInnen und die Auswirkungen, die ein irregulärer Status auf das Wohlbefinden junger Menschen in den Durchgangs- und Zielländern hat, werden in dem Bericht thematisiert. Der Bericht ist [hier](#) zu finden.

UN / Deutschland zur Respektierung der Rechte undokumentierter Kinder aufgefordert

Die regelmäßige Überprüfung der Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland durch das UN-Komitee für Kinderrechte am 31. Januar 2014 umfasste auch die Rechte undokumentierter Kinder. In seinen Abschlussbetrachtungen forderte das Komitee Deutschland auf, jegliche Verpflichtung von Leistungserbringern abzuschaffen, denen zufolge diese undokumentierte Kinder an die Einwanderungsbehörden melden müssen. Zudem verließ das Komitee seiner Besorgnis über inadäquate Gesundheitsversorgung undokumentierter Kinder Ausdruck, darunter die Behandlung akuter Krankheiten, präventive Gesundheitsversorgung und falls nötig psychosoziale Betreuung. Der Bericht, der auch spezifische Empfehlungen zum Zugang zur Registrierung von Geburten und zur Gesundheitsversorgung sowie zu Auffanglagern beinhaltet, ist [hier](#) abrufbar.

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

FRANKREICH / Kinder immer noch in Abschiebehaft

Der französische Präsident François Hollande versprach in seinem Präsidentschaftswahlkampf, die Abschiebehaft von Kindern zu beenden. Die Abschiebehaft von Kindern kommt dennoch vor und wird nicht in einer verbesserten Art und Weise nachverfolgt. Ende Januar 2014 wurden mindestens zwei weitere Familien mit kleinen Kindern inhaftiert. Eine Frau, ihr vier Monate altes Baby und ihr zwei Jahre altes Kind wurden vom 28. bis 29. Januar in Metz festgehalten. Am darauf folgenden Morgen wurde sie nach Italien abgeschoben.

Quelle: [La Cimade](#), 31. Januar 2014

GRIECHENLAND / Festnahme von afghanischen Kindern

Nach einem Besuch in Griechenland und der Inspektion des Moira Aufnahmезentrums, hat die Ikologi Prasini ("Grüne Partei") die Festnahme von neun afghanischen Kindern dokumentiert, die sich seit mehr als 20 Tagen in Abschiebehaft befanden. Dies stellt eine direkte Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention dar. Von Vorfällen dieser Art in Griechenland wird jedoch regelmäßig berichtet. Zwischen 2009 und 2012 wurde Griechenland vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in elf Fällen wegen der Lebensbedingungen von Flüchtlingen und inhaftierten MigrantInnen in den Aufnahmelagern verurteilt

Quelle: [Okeanews](#), 15. Januar 2014; Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Griechenland Pressespiegel: 14. - 17. Januar 2014

ITALIEN / Medici per i Diritti Umani veröffentlicht Zahlen zur Abschiebehaft von MigrantInnen in Italien

Medici per i Diritti Umani (MEDU) veröffentlichte am 25. Februar 2014 Zahlen zur Abschiebehaft von undokumentierten MigrantInnen in Italien im Jahr 2013. Die [Zahlen](#) zeigen, dass im Laufe des Jahres 2013 insgesamt 6.016 MigrantInnen (5.431 Männer und 585 Frauen) in italienischen Abschiebehaftszentren inhaftiert waren. Die Studie folgert, dass die administrative Inhaftierung von undokumentierten MigrantInnen weder irreguläre Migration abhält, noch dass sie ein effektives Instrument ist, um die Rückkehr zu gewährleisten. Die Studie ist das Ergebnis von 18 Besichtigungen aller Abschiebehaftszentren auf italienischem Staatsgebiet zwischen 2011 und 2013. Ein zusammenfassender Bericht der Besichtigungen ist [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Medici per i Diritti Umani](#), 25. Februar 2014

NIEDERLANDE / Koalition gegen Abschiebehaft von Kindern überreicht Ministerium für Sicherheit und Justiz Petition

Die Koalition '[Geen kind in de cel](#)' (Kein Kind in der Zelle), die Organisationen wie Amnesty International, Defence for Children, VreemdelingenWerk Nederland und UNICEF Niederlande umfasst, überreichte dem Ministerium für Sicherheit und Justiz am 28. Januar 2014 die Veröffentlichung „Papa, haben wir was Schlimmes getan?“ (Papa, hebben wij iets ergs gedaan?). Die Veröffentlichung gibt Kindern und Familien, die inhaftiert wurden oder die immer noch inhaftiert sind, eine Stimme und zeigt die langfristigen Konsequenzen auf, die Abschiebehaft für Kinder haben kann. Klicken Sie [hier](#), um die Veröffentlichung auf Niederländisch zu lesen.

Quelle: [Volkskrant](#), 28. Januar 2014

NORWEGEN / Rekordzahl von Abschiebungen im Jahr 2013

Norwegen hat im Jahr 2013 eine Rekordzahl von 5.198 undokumentierten MigrantInnen abgeschoben. Dies ist ein Anstieg von 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (3.958 Abschiebungen). Grund für die Abschiebungen waren unter anderem Verstöße gegen das norwegische Einwanderungsgesetz. Nigerianer und Afghanen waren die beiden größten Gruppen unter den abgeschobenen Migranten.

Quelle: [The Local](#), 27. Januar 2014

REPORT / Untersuchung enthüllt Schwäche der EU-Rückführungsrichtlinie in Spanien, Italien und Zypern

Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen führte zwischen August 2012 und Januar 2014 eine Untersuchung zur Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie (2008/115/EC) in Italien, Zypern und Spanien durch. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag auf der Erforschung der Bedingungen, unter denen MigrantInnen in den drei Ländern inhaftiert sind. Der Projektbericht mit dem Titel "[At the Limen. The implementation of the Returns Directive in Italy, Cyprus and Spain](#)" identifiziert verschiedene Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Klauseln der Rückführungsrichtlinie bezüglich der Inhaftierung von MigrantInnen in den drei Ländern. Dabei wird deutlich, dass Abschiebehaft nicht als Ultima Ratio benutzt wird, sondern Langzeithaft vielmehr die Norm darstellt. MigrantInnen werden ihrer Freiheiten beraubt, selbst in Fällen, in denen eine Abschiebung nicht möglich ist. Selbst Kinder und andere besonders schutzlose Gruppen werden inhaftiert. MigrantInnen werden oftmals zusammen mit Personen, denen Strafdelikte vorgeworfen werden, inhaftiert.

Quelle: [KISA](#), Januar 2014

VEREINIGTES KÖNIGREICH / Bedenken bezüglich der Auswirkungen der Abschiebehaft auf Migrantinnen

Ein Bericht der Organisation „Women for Refugee Women“ (Frauen für Flüchtlingsfrauen) mit dem Titel „Detained: Women Asylum Seekers Locked Up in UK“ („In Abschiebehaft: Asylsuchende Frauen weggesperrt in Großbritannien“) fand heraus, dass fast ein Drittel aller in Großbritannien asylsuchenden Frauen in 2012 inhaftiert wurden. 46 MigrantInnen in Abschiebehaft wurden für den Bericht interviewt und es wurde festgestellt, dass 93 Prozent der Interviewten depressiv waren. 85 Prozent fühlten sich verängstigt, mehr als die Hälfte hat an Selbstmord gedacht und mehr als 20 Prozent hatte tatsächlich versucht, sich das Leben zu nehmen. Eine Onlinepetition, adressiert an die britische Innenministerin Theresa May, wurden von einer Frau, die als Dreizehnjährige zusammen mit ihrer undokumentierten Mutter in Yarls Wood inhaftiert war, initiiert. Die Onlinepetition verlangt, dass die Regierung die Inhaftierung von Frauen, die in Großbritannien Asyl suchen, beendet. Des Weiteren wird gefordert, dass die Regierung Missbrauchsansuldigungen gegen das Personal angemessen untersucht. Die Petition kann

[hier](#) eingesehen werden.

MAP / Neue interaktive Webseite, die Übersicht über Abschiebehaft in Europa gibt

Das Migreurop-Netzwerk stellte am 13. Dezember 2013 eine [interaktive und dynamische Karte](#) vor, die Abschiebehaft von MigrantInnen in Europa und darüber hinaus aufzeigt. Die neue Webseite macht es sich zur Aufgabe, die Orte, Formen und Bedingungen der Abschiebehaft von MigrantInnen und die gravierenden Konsequenzen für die Menschenwürde aufzuzeigen. Weiterhin will die Webseite den Zugang zu Informationen über Abschiebehaftszentren und den Kontakt zu inhaftierten MigrantInnen erleichtern. Migreurop zufolge existieren 393 geschlossene Zentren mit inhaftierten MigrantInnen in den EU-Mitgliedstaaten, den Ländern mit Beitrittskandidatenstatus, den Partnerländern der Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), und in einigen anderen Ländern, die von 2011 bis 2013 in die europäischen Migrationspolitik einbezogen waren. Für mehr Informationen zu Migreurop klicken Sie [hier](#).

PROJEKT / Die nutzlose Abschiebehaft von MigrantInnen, die nicht abgeschoben werden

Das Projekt „A face to the story: the issue of unreturnable migrants in detention“ („Der Sache ein Gesicht verleihen: Das Problem von MigrantInnen, die nicht abgeschoben werden können) ist das Ergebnis der Arbeit eines Zusammenschlusses von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das Projekt beabsichtigt, Aufmerksamkeit auf die Problematik von MigrantInnen, die nicht abgeschoben werden können zu lenken und politische Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene dazu zu bewegen, die Abschiebehaft dieser MigrantInnen ein Ende zu setzen und alternative Lösungen zu finden. Das Projekt umfasst Fallstudien über die Erfahrungen von 39 MigrantInnen in EU-Ländern, die nicht abgeschoben werden dürfen sowie die Veröffentlichung des Berichts [Point of no return. The futile detention of unreturnable migrants](#). Für mehr Informationen zu dem Projekt, klicken Sie [hier](#).

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

VIDEOWETTBEWERB / PLURAL+ 2014 Call for submissions

[PLURAL+](#) ist ein Jugendvideofestival. Das Festival wird als gemeinschaftliche Initiative der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und über 50 Partnerorganisationen organisiert und soll junge Leute dazu anregen, sich zu aktuellen Themen wie Migration, Vielfalt und sozialer Inklusion zu äußern. Teilnehmer, die ein Video einschicken wollen, müssen zwischen 9 und 25 Jahren alt sein. Die Gewinner des Wettbewerbs erhalten jeweils \$1000 sowie eine Reise nach New York, um die Verleihungszeremonie zu besuchen. Einsendeschluss ist der 27. Juni 2014. Für mehr Informationen, klicken Sie [hier](#).